

Standpunkte des NEUEN FORUM für den Runden Tisch am 18.12.1989

Da die jetzige Regierung in keiner Weise durch die Gesellschaft legitimiert wurde, muß sie zu einer Übergangsregierung erklärt werden.

Eine Übergangsregierung ist nicht berechtigt, das Land vor vollendete Tatsachen zu stellen. Die Regierung Modrow mißbraucht die Unorganisiertheit der Opposition, um ohne Kontrolle ihre Ziele durchzusetzen. Wir werden in viele verschiedene Ministerien und Ausschüsse eingeladen. Damit werden unsere Kräfte zersplittert.

1. Wir fordern ein Kontroll- und Vetorecht des Runden Tisches.

2. Die vor der Volkskammer mehrfach versprochene Offenlegung der wirtschaftlichen, finanziellen und Devisensituation muß umgehend erfolgen. Das NEUE FORUM hat dies in einer Erklärung vom 13.11.89 bereits gefordert, ohne bisher eine Antwort zu erhalten.

3. Die Regierung muß endlich ihr Versprechen erfüllen, die in Vorbereitung befindlichen Gesetzentwürfe, zum Beispiel über den Schutz von Auslandskapital, mit den gesellschaftlichen Kräften zu diskutieren.

4. Wir fordern, daß keine Gespräche mehr unter vier Augen stattfinden und die Einsichtnahme in die Gesprächsprotokolle der Regierung mit Späth, Seiters und Haussmann *Kohl*

5. Wir fordern Aufklärung über den Inhalt der Gespräche mit dem Internationalen Währungsfonds.

6. Wir fordern, daß an den Gesprächen mit Kohl Vertreter der Oppositionskräfte teilnehmen. Beschlüsse und Festlegungen müssen mit der Opposition abgestimmt werden.

7. Wir fordern, daß die Auswirkungen der Einstellung des Zwangsumtausches auf die Devisenlage der DDR bekannt gegeben werden. Gibt es flankierende Maßnahmen für unsere eigene Wirtschafts- und Währungsstabilität sowie für die politischen und sozialen Folgen?

8. Wir fordern eine Klarstellung der Regierung über die Befugnisse der Generaldirektoren und Betriebsleiter und über die Rechte der Belegschaften. Will die Regierung sich durch wildwüchsige Verhandlungen der Betriebsleiter mit westlichen Firmen an den Gerüchten über den Ausverkauf der DDR selbst beteiligen?

9. Wir fordern deshalb die Kontrolle der Regierung Modrow durch die Teilnahme von Vertretern der Oppositionskräfte an den Sitzungen des Ministerrates.